

Analyse des Ausgabeverhaltens

weil sie sich dem gegebenen Wahlversprechen verpflichtet fühlen.²⁷³ Helga Michalsky führt hinsichtlich der Erwartungshaltung der Bürger gegenüber den Parteien und dem Staat aus: "Gleichzeitig erwarten sie aber ebenso mehrheitlich Unterstützung ihrer sehr persönlichen Anliegen durch die Amtsträger ihrer Partei sowie Schutz ihrer Interessen."²⁷⁴ Es besteht besonders in Liechtenstein die Gefahr einer sogenannten Gefälligkeitsdemokratie, indem die Parteienvertreter versuchen, die Erwartungen und Ansprüche ihrer Wähler gegenüber dem Staat zufriedenzustellen, um so den Ausgang der nächsten Wahl zu beeinflussen und die Machtverhältnisse für sich zu bestimmen.

Die Wahlprogramme der politischen Parteien sind auch Spiegel der Ansprüche und Erwartungen gegenüber dem Staat. Durch die positive Finanzlage des Staates und die als gesichert geltenden Steuereinnahmen dürften im Laufe der Zeit in der liechtensteinischen Bevölkerung staatliche Leistungen zur Selbstverständlichkeit geworden sein. Es stellt sich die Frage, wieweit die Finanz- und Ausgabenpolitik des Staates für die Bevölkerung überhaupt noch von Interesse und in den Zusammenhängen bewusst ist. Zu vermuten ist, dass in den Vorstellungen weiter Kreise der Bevölkerung der Staat für ihre Einzelinteressen da ist und die Parteien ihre Interessen zu vertreten haben. Der Blick für das Ganze und die Zurückstellung persönlicher Ansprüche im Interesse des Gemeinwohls scheinen mit dem fortschreitenden Wohlstand in Liechtenstein immer mehr verloren zu gehen.

Gerard Batliner sah im früheren Zweiparteiensystem die Gefahr, "dass die verfassungsrechtlichen, eigenverantwortlichen Organe wie Regierung, Landtag und Fürst zu Ausführungsorganen der Parteien und ihrer Programme werden."²⁷⁵ Die äusserst knappen Mehrheitsverhältnisse im Landtag seit Ende des Zweiten Weltkrieges zwangen die Parteien zu persönlichen Rücksichtnahmen, insbesondere wenn es um die politische Besetzung von Ämtern oder die Vergabe von Staatsaufträgen ging.²⁷⁶ Wie Arno Waschkuhn ausführt, haben die direkten persönlichen Beziehungen zwischen Parteianhängern und Politikern auch zu persön-

²⁷³ Vgl. Batliner G.: Lage des Parlaments, S. 158ff.

²⁷⁴ Michalsky H.: Politischer Wandel, S. 149.

²⁷⁵ Batliner G.: Lage des Parlaments, S. 159.

²⁷⁶ Seit 1945 verfügt die regierende Partei im Landtag mit Ausnahme der Jahre 1958 bis 1962 und 1993 nur jeweils über einen Abgeordnetensitz mehr.